Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur Fritz Reinhold. Druck u. Verlag: Auer Tageblatt u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Fern-Telegramm-Adresse: Tageblatt Auerserzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 126. Donnerstag, den 2. Juni 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Wiederaufbauminister Dr. Rathenau soll den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Silberschmidt vom Bauarbeiterverband dafür gewonnen haben, zur Wahrnehmung der gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen in das Wiederaufbauministerium einzutreten.

*

Im Zwölferausschuß der deutschen Parteien gab General Lerond die Erklärung ab, die interalliierte Kommission betrachte den deutschen Selbstschutz nicht als eine Insurgententruppe.

*

Die Times behaupten, daß Frankreich jetzt für den englischen Plan, Oberschlesien in drei Teile zu zerschneiden, gewonnen sei, aber die Sache noch hinhaltend behandle.

*

Die Geschäfte der deutschen Friedensdelegation in Paris wurden von der Botschaft übernommen.

*

Der österreichische Bundespräsident hat die Bundesregierung ihres Amtes enthoben und gleichzeitig die scheidende Bundesregierung unter dem Vorsitz von Dr. Weißkirchner mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Bildung einer neuen Regierung betraut.

*

Bisher sind zu der am 6. Juni in Genf beginnenden Tagung der Union für den Völkerbund 162 Delegierte angemeldet.

Gegen die Dreiteilung Oberschlesiens.

Tag um Tag vergeht, ohne daß in der oberschlesischen Frage ein entscheidender Schritt vorwärts getan wird. Die auffallende Mäßigung, die Briand neuerdings in seinen Reden zur Schau trägt, läßt allerdings den Schluß zu, daß der Gegensatz zwischen Paris und London in der Beurteilung der oberschlesischen Streitfrage nicht mehr so scharf ist wie früher; aber die Tatsache, daß in Oberschlesien abgesehen von der Entsendung einiger weniger englischer Bataillone, bis jetzt so gut wie nichts geschehen ist, läßt darauf schließen, daß die einigende Formel für die Lösung noch nicht gefunden worden ist. Die schon seit einiger Zeit auftauchenden Gerüchte von einer beabsichtigten Dreiteilung Oberschlesiens, die auf die Vermittlungsbemühungen des Grafen Sforza zurückgehen und eine provisorische Regelung des Problems bezwecken, verdichten sich immer mehr. Dieser Vorschlag zielt im wesentlichen darauf ab, die ausgesprochen deutschen Kreise Deutschland zu überlassen, die überwiegend polnischen Polen; der umstrittene eigentliche Industriebezirk soll dagegen bis auf weiteres neutralisiert bleiben, sei es als autonomer Staat nach dem Vorbilde von Danzig, sei es als eine bis auf weiteres unter interalliierter Verwaltung stehendes völkerrechtliches Gebilde, über dessen endgültiges Schicksal erst nach einer gewissen Reihe von Jahren entschieden werden soll.

Nicht nur in Frankreich, sondern auch in Deutschland stoßen derartige Pläne auf nachdrücklichen Widerstand. In Oberschlesien selbst will man von einer provisorischen Lösung der Streitfrage ebenfalls nichts wissen; man weiß dort nur zu wohl, daß eine nicht endgültige Beilegung nur eine Verlängerung der Qualen zu bedeuten hätte, unter denen die Bevölkerung Oberschlesiens seit mehr als Jahresfrist zu leiden hat. Die Franzosen würden sich vermutlich die Leitung dieses Staates nicht nehmen lassen, und der General Lerond oder sein Nachfolger würden gewiß alles tun, um die Gegensätze innerhalb der beiden Bevölkerungsteile nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Sind die Kreise Pleß und Rybnik erst einmal an die Polen ausgeliefert worden, dann werden sie, selbst wenn der entscheidende Spruch des Obersten Rates sie eines Tages an Deutschland zurückgeben sollte, inzwischen wirtschaftlich ebenso zugrunde gerichtet sein, wie es die einst so blühende Provinz Posen heute ist, wo die deutschen Eigentumsrechte und die Rechte der Person der schlimmsten Willkür der Polen ausgesetzt sind. Sehr richtig sagt ein schlesisches Blatt, die an Polen fallenden Kreise würden dem Schicksal des übrigen Polens verfallen, wirtschaftlicher Zusammenbruch, finanzieller Bankrott, Jammer, Elend, Hunger und Not wären die Folgen; aber auch der neue Zwangsstaat, der unter französische Militärherrschaft gestellt werden würde, wäre dem Verderben verfallen. Weiterhin aber das Zwangsregiment eines Lerond und seiner Mitarbeiter in Oberschlesien zu dulden, müßte den schärfsten Widerspruch des gesamten deutschen Volkes begegnen, das sich für das Schicksal seiner oberschlesischen Mitbürger für verantwortlich hält. Die Frage ist auch, ob eine solche Dreiteilung Oberschlesiens, wie sie jetzt von italienischer und, wie erklärt wird, auch von englischer Seite angestrebt wird, überhaupt den Bedürfnissen der Lage entspricht. Der Vorschlag konnte nur aus der Not geboren werden, solange man sich in Opeln wegen zu schwacher militärischer Kräfte nicht in der Lage sah, eine andere Entscheidung zu treffen. Inzwischen sind aber vier englische Bataillone in Oppeln eingetroffen, und die englische Regierung scheint nicht abgeneigt zu sein, gegebenenfalls noch weitere Truppen zu senden. Ein solches Machtaufgebot würde, begleitet von dem nötigen in Warschau anzusetzenden Drucke, ohne Frage ausreichen, um der Korfantyschen Leute Herr zu werden. Die Entscheidung des Obersten Rates hat sich nicht nur auf das eigentliche Industriegebiet, sondern auf ganz Oberschlesien zu erstrecken. Diese Entscheidung kann aber niemals objektiv ausfallen, solange nicht die Autorität der interalliierten Kommissionen in dem ganzen Abstimmungsgebiet wiederhergestellt ist. Es muß also unter allen Umständen gefordert werden, daß sich die Entente erst wieder einmal zum völligen Herrn des Landes macht, ehe sie endgültig über sein Schicksal entscheidet.

Das Programm der Reichsregierung.

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung stand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Das Programm der Regierung umfaßt drei Worte: Verständigung, Wiederaufbau, Versöhnung. Durch die Annahme des Ultimatums ist eine Art Schlußstein auf die bisherige Entwicklung gesetzt worden. Das Leistungsprinzip wird für Deutschland und seine Lage Verständnis in der Welt erwecken. Das Ultimatum stellt uns kurze Fristen. Einige sind schon abgelaufen; wir haben sie eingehalten. (Bravo!) Auf finanziellem Gebiet ist die bis zum 1. Mai zu zahlende eine Milliarde Goldmark rechtzeitig geleistet, und zwar 150 Millionen Goldmark in bar, der Rest in Schatzwechseln. In der

Abrüstungsfrage

haben wir uns durch die Annahme des Ultimatums den Entwaffnungsbestimmungen der Pariser Note vom 29. Januar auf dem militärischen Gebiete, wie auf dem der Marine und des Luftwesens gefügt. Die bisher abgelaufenen Fristen sind auch auf diesem Gebiete eingehalten worden. Die Reichsregierung ist einmütig der Ansicht, daß die Frage der Entwaffnung zu keinen weiteren Reibungen führen, geschweige den Anlaß zu Sanktionen geben darf. Der Reichskanzler zählt sodann auf, was von der Regierung in Erfüllung der Entwaffnungsbedingungen bisher veranlaßt worden ist. Die Entwaffnung der Einwohnerwehren wird von den Landesregierungen angeordnet. Die bayrische Regierung hat inzwischen die bekannte Erklärung abgegeben. Wenn darnach die beteiligten Kreise sich zu den unabwendbaren Entschlüssen durchgerungen haben, so verdienen sie Dank. (Gelächter links.) Ich spreche namens der Reichsregierung die Erwartung aus, daß die Waffenabgabe pünktlich innerhalb der gesetzten Fristen erfolgt. Die freiwillige Entwaffnung ist eine wichtige Tat, auch für Deutschlands innere Einigkeit. In der Frage der Auflösung der Organisationen glaubt die bayrische Regierung, daß nach erfolgter Waffenabgabe die bayrischen Einwohnerwehren nicht mehr unter die Artikel 177 und 178 des Friedensvertrages fallen, aber die Reichsregierung steht vor dem Ultimatum vom 5. Mai, und dieses ermöglicht ihr nicht, die Einwohnerwehren von der Liste der aufzulösenden Organisationen auszunehmen. Die Liste, die wir überreicht haben, mußte die Einwohnerwehren und die Organisation Escherich enthalten. Wir haben diese Eingriffe in unser eigenes Vereinsrecht nur unter dem Drucke der Alliierten vorgenommen.

Die sich aus der Annahme des Ultimatums ergebenden

wirtschaftliche Aufgaben

gliedern sich in das finanzielle, das Wirtschaftsprogramm, und die sozialethischen Aufgaben. Wir müssen beweisen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. Ein sorgfältiger und genauer Zahlungsplan ist aufgestellt und dem Garantiekomitee vorgelegt worden. Wir müssen, um die Aufrechterhaltung der Annuitäten zu gewährleisten, bestimmte Steuerquellen bezeichnen, die wir für Reparationszwecke zur Verfügung stellen können. Wir müssen dahin streben, auf irgendeine Weise eine Summe als Einnahme zu schaffen, die gleichhoch ist, wie die schwankende Ausfuhrabgabe. Die starke Spannung zwischen der Kaufkraft des Geldes im Inlande und im Auslande muß ausgenutzt werden. Wir müssen sehen, die

Reparationssumme als jährliche Ausgabe aufzubringen.

Es muß ein Weg gefunden werden, der die Differenzierung zwischen Hausbrand und Industriekohle gestattet. Im übrigen gilt es auch, die sonstigen Steuern auszubauen. Die Besitzsteuer muß ausgebaut werden. Auch die Durchführung der bereits verabschiedeten Steuern ist sicherzustellen. Durch Ausbau der entsprechenden Organisationen können mehrere Milliarden noch gefördert werden. Es hat ein großes Maß von Geduld dazu gehört, im Laufe eines Jahres die Veranlagung der Besitz- und Einkommensteuer zu überwachen. Wir sind vorwärts gekommen. Besonders in den letzten zwei Monaten sind erfreuliche Resultate erzielt worden. Wir müssen nun streben, daß die Besitzsteuer auch bei denen zur Durchführung kommt, die die Produktion in der Hand haben. Eine gewisse Reserve liegt vielleicht auch noch in der Nachlaßsteuer hinsichtlich der Besteuerung weiterer Verwandtschaftsgrade. Mehrere Gesetzentwürfe sind in Vorbereitung. Dabei spielen das Branntweinmonopol, die Biersteuer und die Beseitigung der bei der Tabaksteuer bestehenden Begünstigung eine Rolle. Die Frage der Erhöhung der Zuckersteuer einschließlich der Süßstoffsteuer wird bei der Frage eines Raffineriemonopols mit entschieden werden. In einer Konferenz der Landesfinanzminister wird darüber beraten, wie die Erträgnisse des Grund und Bodens in eine moderne Steuerform zu gießen sind.

Neben der unvermeidlichen Belastung des Verbrauchs müssen weitere Einnahmequellen gesucht werden. Ich denke in erster Linie an den von der Geldentwertung minder betroffenen Besitz an sachlichen Werten, die sogenannten Goldwerte, die von der Aenderung des Papiergeldwertes nicht betroffen sind. Sodann muß die Zuschußwirtschaft des Reiches zur Stütze der Volkswirtschaft und der Verkehrsverwaltung möglichst rasch ausgebaut werden. Das große Problem der Währungsfrage kann erst später in Angriff genommen werden. In engstem Zusammenhang mit dem Finanzprogramm steht das Wirtschaftsprogramm. Wir müssen unsere Volkswirtschaft einrichten auf hohe Produktion und nationalwirtschaftliche Sparsamkeit. Was wir im Inland erzeugen können, müssen wir auch im Inlande selbst herstellen. Die Einfuhr von Luxuswaren muß durch zollpolitische und steuerliche Maßnahmen beschränkt werden. (Sehr richtig!) Unsere Landwirtschaft muß auf die höchste Produktion eingestellt werden. Die Kulturböden müssen durch rationelle Bearbeitung und Düngung vorbereitet werden. Die agrarische Bodenfläche muß vermehrt, die Oedländereien energisch und rasch kultiviert werden. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften müssen rasch und großzügig weiter entwickelt werden. Deutschland muß den Inlandsmarkt mehr fördern, als die Anstrengungen auf weltwirtschaftlichem Gebiete. Die Binnenwasser im Innern des Landes müssen ausgebaut werden. Dazu kommt der Ausbau der Handelsflotte und der Ausbau von Kanälen. Wir müssen unsere Erwerbslosen produktiv beschäftigen. Das Siedlungswesen muß gefördert werden; unsere gesamte Industrie muß auf Höchstleistung nach Quantität und Qualität eingestellt werden. Normalisierung und Typisierung werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Nur durch Qualitätsleistungen, nicht durch Schleuderartikel werden wir draußen unsern Absatz steigern, wenn die Valutabedrängnis nachläßt.

Nicht minder wichtig ist die

Organisation unseres Wirtschaftslebens.

Die Nationalwirtschaft und produktive Effektivsteigerung müssen gefördert werden. Deutschland kann nicht wieder ein Agrarstaat werden. Nicht Agrarstaat oder Industriestaat heißt die Parole, sondern es muß eine Industrialisierung der Landwirtschaft erfolgen im Sinne einer stark gesteigerten Technik. Das Programm kann nur gelöst werden, wenn auch die sozialethische Einstellung der deutschen Volksseele gewonnen werden kann, und das ist ein Problem des sittlichen Wiederaufbaus der Nation. Wir müssen, soweit wie möglich, die inneren Gegensätze zurückstellen. Ein Volk von der geschichtlichen Vergangenheit und den wirtschaftlichen Leistungen, wie das deutsche, muß trotz harter Lasten sein Schicksal zu meistern imstande sein. Dazu ist notwendig, daß in allen Kreisen des Volkes der sozialefriedfertige Geist Platz greift, der unbedingt notwendig ist, um den sozialen Fortschritt zu erhalten und die Arbeitsfreudigkeit zu heben. (Zurufe der Abgg. Hoffmann und Höllein: Amnestie. Amnestie! Der Abg. Remmele wird wegen fortgesetzter Zwischenrufe zur Ordnung gerufen.

Bezüglich

Oberschlesiens

führte der Reichskanzler aus: Das verlassene oberschlesische Volk hat zur Selbsthilfe greifen müssen, um Haus und Hof, Weib und Kind zu schützen. In äußerster Notwendigkeit hat sich in Oberschlesien ein Selbstschutz gebildet. Seiner Selbstbeherrschung, die das oberschlesische Volk hierbei bewahrt hat, bringen wir höchste Bewunderung entgegen. Das Ergebnis der Abstimmung hat die Polen und ihre Freunde bisher enttäuscht. Sie hofften, daß ihnen die Abstimmung die Legitimierung ihres Anspruchs bringen würde. Die Abstimmung hat uns eine Mehrheit von einer Viertelmillion Stimmen gebracht. Das Ergebnis wäre noch viel günstiger gewesen, wenn nicht alle erst nach 1904 Zugezogenen von der Abstimmung ausgeschlossen worden wären. Schon aus der Abstimmung ergibt sich das Recht auf Oberschlesien. Auch geographische und wirt-